

12. Juni 2021

Zur Fachkräftesicherung durch die berufsbildenden Schulen und RBZ

Diskussionsbeitrag des RBZ-Verband zur aktuellen Entwicklung

Die Untersuchungen von Christensen zeigten bereits im Jahr 2013 (1), dass die Sicherung des Fachkräftebedarfs auf der mittleren Qualifikationsebene die besondere Herausforderung der nächsten Jahre sein wird. Die Qualifikation dieser Fachkräfte wird durch berufliche Bildung erfolgen müssen. Sowohl an der Analyse als an der Perspektive, dass ohne berufliche Bildung der Fachkräftebedarf nicht gelöst werden kann, hat sich auch acht Jahre später nichts verändert.

Ein wesentlicher Teil des Bildungsauftrags der berufsbildenden Schule und RBZ ist Bildungschancen zu ermöglichen und Anschlüsse zu sichern. Viele Schulformen des berufsbildenden Systems stehen für Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit und sorgen seit vielen Jahren für den Erfolg der beruflichen Bildung. Die hohe Anerkennung und weltweite Reputation der Dualen Ausbildung wäre ohne die systematisch entwickelten Schulformen der berufsbildenden Schulen und RBZ nicht denkbar.

¹ Christensen, Björn: Arbeitskräfteprojektion 2030 in den Kreisen in Schleswig-Holstein. Kiel, 2013. analytix GmbH – Institut für quantitative Marktforschung & statistische Datenanalyse. Gutachten im Auftrag der Fachkräfteinitiative „Zukunft im Norden“.

Daraus leitet sich ein starkes Argument für den Erhalt des Bildungsangebotes ab:

Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit in der Berufsbildung müssen in der Fläche und für alle Jugendlichen erhalten bleiben und als zentrales Bildungsziel langfristig gesichert werden.

Ziel ist die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Verantwortlichen eine aktive Strukturpolitik verfolgen. Diese betrifft neben Breitbandausbau oder der Ansiedelung von Behörden und Institutionen in der Fläche ganz wesentlich den Erhalt und Ausbau berufsbildender Bildungseinrichtungen.

Durch diese Maßnahmen werden auch sichere Arbeitsplätze geschaffen, die Infrastruktur des ländlichen Raumes gestärkt und verlässliche Impulse an Wirtschaftsunternehmen gesendet.

Die Forderungen sind:

- Es müssen die bestehenden RBZ- und Berufsschulstandorte und die dort vorgehaltenen Bildungsangebote auch dann aufrechterhalten werden, wenn die Anzahl der Ausbildungsplätze rückläufig ist. Dazu ist ein geeignetes **Instrument der Planstellenzuweisung** zu entwickeln. Fachkräfte in der Region veranlassen Unternehmen zu Investitionen in der Fläche. Die **Standortentwicklung** der berufsbildenden Schulen sichert das Potenzial der jeweiligen Region.

Verlässliche Strukturen sind verbindlich für bestimmte Zeiträume zu schaffen. Zum Beispiel wird an einem Standort eine Fachklasse für traditionelle Berufe wie Maler:in, Frisöre:in oder Bäcker:in eingerichtet. Gleiches gilt für neue zukunftsfähige und innovative Berufe, wie beispielsweise Kaufleute für E-Commerce, Fachinformatiker:in, Systemelektroniker:in oder Kaufleute für IT-System-Management, die in der Aufbauphase sind. Die Standorte erhalten für einen bestimmten noch zu definierenden Zeitraum eine Standortgarantie, egal, wie sich die Anzahl der Ausbildungsplätze entwickelt. Dies sichert Investitionen, gut ausgestattete Fachpraxisräume, fachliche versierte Lehrkräfte und signalisiert den Ausbildungsbetrieben und den Innungen einen verlässlichen Partner, auch wenn konjunkturelle oder anderen Gründe zu rückläufigen Ausbildungsplatzverhältnissen geführt haben. Nach der Zeit des Bestandschutzes sind die Schulangebote erneut abzustimmen. Dazu regen wir an, dass die Solidargemeinschaft der Schulleitungen an der Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zu beteiligen ist. Dieses Gesamtkonzept muss einerseits die berufliche Bildung in der Fläche erhalten, andererseits aber die Schulen auch verpflichten, ihre Ausrichtung und ihr Profil in der Region zu schärfen. Die ganzheitliche Schulentwicklungsplanung ist auf der Basis von Forschungsprojekten zu begleiten.

Eine Untersuchung des BIAT der EUF führt aus:

„Auf die sinkenden Auszubildendenzahlen wird mit einer Beibehaltung der Stellenzuweisungen an berufsbildende Schulen reagiert und damit eine Zu-

*kunftsinvestition in die Berufliche Bildung des Landes Schleswig-Holstein getätigt. Die „demografische Rendite“ verbleibt in den strukturschwachen Regionen und ermöglicht es den Schulen, in eigener Verantwortung Profile zu entwickeln. Dadurch kann Ausbildung in den Regionen erhalten bleiben und bspw. der Übergang in die Berufsausbildung durch besondere Ausbildungsangebote unterstützt werden. Im Sinne eines **nachhaltigen Handelns** werden langfristig und strukturell die Regionen gestützt. Da davon ausgegangen werden kann, dass trotz der Entwicklungen bezüglich der Altersstruktur in ländlichen Gegenden die Wirtschaftskraft in den Regionen gehalten werden kann, dient diese Strategie langfristig dem Erhalt von Arbeitskräften vor Ort und damit auch der Steigerung der Attraktivität ländlicher Gebiete z. B. für jüngere Familien. Insgesamt wird eine Region durch eine Investition in die berufliche Bildung ökonomisch und soziostrukturell gestärkt. Kaum eine andere (indirekte) Investition in die Wirtschaft des Landes wird ähnlich nachhaltige Effekte erzielen.“ (Böhss u.a.2014)²*

- Bei den Entscheidungen sind die Perspektiven der Betroffenen (Auszubildende, Betriebe, Eltern, Schulträger, Kommunen, Kreise/Städte, Land etc.) zu berücksichtigen. Dafür ist es hilfreich, volkswirtschaftliche Betrachtungen vorzunehmen, um die Ressourcen aller Beteiligten in die Entscheidung einzubeziehen. Beispielsweise sind zu nennen:
 - Wir benötigen sichere Erkenntnisse, wie gleichwertige Lebensverhältnisse durch Maßnahmen der Berufsbildung entwickelt werden können. Dazu sind **Forschungsprojekte zu initiieren** und deren Empfehlungen umzusetzen.
 - Grundlage gleichwertiger Lebensverhältnisse ist, in allen Regionen für ein ausreichendes Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu sorgen. Und da reicht es nicht allein auf die Wirtschaft zu zeigen. Das Land kann mit gezielten **strukturwirksamen Maßnahmen** gezielt Wachstumsimpulse fördern. Dazu gehören vielfältige und leistungsstarke Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch Angebote zur Berufsvorbereitung und der **Erhalt der Vielfalt berufsbildender Angebote**.
 - Unternehmertum kann nicht staatlich verordnet werden. Aber es können Rahmenbedingungen geschaffen werden, um dies zu fördern. Gut ausgebildete Fachkräfte führen beispielsweise in einigen Domänen zur Ansiedelung von Gründer:innen, die nicht ortsgebunden ist. Diese Branchen gilt es gezielt zu fördern und durch die Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten zu unterstützen.

² Marco Böhss, Axel Grimm, Volkmar Herkner, Matthias Rüth: Weiterentwicklung der Berufsschule im Kontext der Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ) und der Berufsbildenden Schulen des Landes Schleswig-Holstein. Ein Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein. Abschlussbericht Flensburg, März 2014

- Die zuständigen Ministerien und Behörden müssen aktiv auf eine Weiterentwicklung der beruflichen Bildung hinwirken. Neben der Sicherung der Angebote geht es darum, die didaktische Entwicklung auf die berufliche und persönliche Entwicklung der Schüler:innen sowie der Bildungspartner:innen auszurichten.
- Natürlich ist das Megathema „Digitalität und Unterricht“ zu stützen und auch in den entsprechenden Ordnungsmitteln zu verankern und mit entsprechenden Ressourcen zu begleiten.
- Es müssen in den Bereichen Integration und Inklusion neue Bildungsangebote geschaffen werden, um auch hier die Fachkräftegewinnung zu stärken.
- Um berufsbildende Schulen und RBZ in ländlichen Regionen zu erhalten, muss die Politik und Verwaltung weiterhin für die Einrichtung von berufsbildenden Kompetenzzentren, bzw. für deren Weiterentwicklung eintreten.

Gerne kommen wir mit Ihnen ins Gespräch und freuen uns auf den Austausch zum Wohle des Landes und der Menschen, die hier gerne leben und arbeiten wollen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads 'Sven Mohr'.

Dr. Sven Mohr, Vorsitzender